

Kantonales Integrationsprogramm 2014-2017 (KIP) Kurzfassung

Integrationsförderung im Kanton Luzern

Der Bundesrat und die Kantonsregierung entschieden 2011 gemeinsam, die Integrationspolitik in der Schweiz neu auszurichten und zu stärken. Die Integrationspolitik basiert auf den folgenden vier Grundprinzipien:

- Schaffung von Rahmenbedingungen für die Verwirklichung von Chancengleichheit
- Stärkung der Eigenverantwortung aller in der Schweiz wohnhaften Personen
- Förderung und Nutzung der Potenziale, Fähigkeiten und Kompetenzen
- Anerkennung der Vielfalt als wertvollen Bestandteil der Gesellschaft

Im Kanton Luzern wurde das Kantonale Integrationsprogramm 2014 - 2017 (KIP) ausgearbeitet, welches die Handlungsfelder in der Integrationspolitik für die nächsten vier Jahre bestimmt. Es baut auf der bisherigen Integrationsarbeit auf und ergänzt diese, wo die Standortbestimmung einen Bedarf aufzeigte. Ziel ist, die Integrationsarbeit im Kanton zu stärken und zu verankern.

Das Kantonale Integrationsprogramm umfasst die drei Pfeiler *Information und Beratung*, *Bildung und Arbeit*, *Verständigung und gesellschaftliche Integration*. Für alle drei Bereiche gibt es strategische Programmziele.

Information und Beratung

Informations- und Begrüssungsgespräche: Alle neu in den Kanton Luzern zuziehenden Migrantinnen und Migranten, die eine Aufenthaltsbewilligung erhalten, werden in einem Begrüssungsgespräch über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt und über die Integrationsangebote orientiert.

Integrationsvereinbarung: Mit Personen aus Drittstaaten ohne Anspruch auf Aufenthalt und ohne Deutschkenntnisse wird eine Integrationsvereinbarung abgeschlossen¹. Inhalt der Vereinbarung ist der Besuch eines Sprach- oder Integrationskurses.

Informationsvermittlung und Informationsmaterial: Neben regelmässigen Informationsveranstaltungen bietet der Kanton Luzern auch schriftliche Informationsmaterialien für fremdsprachige Personen an. Damit erhalten die Zugewanderten einen Überblick über das kantonale und regionale Angebot im Bereich Soziales, Gesundheit und Arbeit. Informationen der kantonalen Verwaltung und der Gemeinden sind auch auf die Zielgruppe der nichtdeutschsprachigen Bevölkerung ausgerichtet.

Beratung von Zugewanderten durch die FABIA www.fabialuzern.ch: Die FABIA, Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern, bietet Informationen und Beratungen zum Deutschkursangebot, zur Alltagsbewältigung und zur beruflichen sowie sozialen Integration an.

Information der Bevölkerung: Die ansässige Bevölkerung ist durch die vielfältige Öffentlichkeits- und Informationsarbeit der Fachstelle Gesellschaftsfragen über die besondere Situation von Ausländerinnen und Ausländer informiert. Sie ist mit den Zielen und Grundprinzipien der Integrationspolitik im Kanton Luzern vertraut und nimmt die kantonale Integrationsarbeit wahr.

¹ Personen aus EU-/EFTA-Staaten können von Gesetzes wegen nicht zu Integrationsmassnahmen verpflichtet werden.

Beratung von Gemeinden und Organisationen: Die Fachstelle Gesellschaftsfragen unterstützt Gemeinden, ihre Integrationsarbeit zu stärken und ihre Projektvorhaben optimal umzusetzen. Sie vernetzt kommunale Ansprechstellen, private Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteure miteinander. Weiterbildungsangebote zum Umgang mit Vielfalt ermöglichen kantonalen und kommunalen Verwaltungsmitarbeitenden ihre Kompetenzen im Bereich Interkulturalität zu erweitern.

Schutz vor Diskriminierung: Gemeinsam mit den anderen Zentralschweizer Kantonen bietet der Kanton Luzern für Privatpersonen sowie Organisationen, Firmen und Verwaltungsstellen ein Beratungsangebot zum Thema Diskriminierung und Schutz vor Diskriminierung an. Die Öffentlichkeit wird zu diesen Themen informiert und sensibilisiert.

Bildung und Arbeit

Deutschkurse: In allen Regionen des Kantons Luzern existiert ein qualitativ hochwertiges Angebot an Basis-Deutschkursen. Das vielfältige Angebot entspricht den Bedürfnissen der Kursteilnehmenden und fördert die Konversation als auch den Erwerb von Alltagswissen.

Frühe Förderung: Um die Bildungschancen von fremdsprachigen und sozial benachteiligten Kindern zu verbessern, fördert die spezifische Integrationsförderung die gezielte Weiterbildung und Unterstützung von Fachpersonen im vorschulischen Bereich. Zusätzlich werden Eltern durch Schlüsselpersonen und/oder Interkulturell Vermittelnde von der Bedeutung der Angebote im vorschulischen Bereich informiert.

Spät eingereiste Junge fördern: Berufsintegrationsprogramme für spät nachgereiste Jugendliche und junge Erwachsene im Familiennachzug schaffen den Zugang zur Berufsbildung.

Integration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen: Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen werden über Qualifizierungskurse bei der Integration in den Arbeitsmarkt und beim Anschluss an das Berufsbildungssystem unterstützt.

Integration am Arbeitsplatz: Der Kanton Luzern setzt den auf Bundesebene geführten Integrationsdialog mit Arbeitgebern fort. Die Arbeitgebenden sind sich ihrer Verantwortung bewusst und nehmen die Möglichkeit der Integration von ausländischen Arbeitnehmenden, mit Aus- und Weiterbildungsangeboten, wahr.

Verständigung und gesellschaftliche Integration

Soziale Integration: Im Kanton Luzern wird die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben vor Ort in den Gemeinden über die Regelstruktur, in Vereinen und Netzwerken sowie über die kirchliche Integrationsarbeit gefördert. Diese wertvolle Arbeit wird durch ein gezieltes Beratungsangebot gestärkt und über die Projektförderung unterstützt.

Stärkung und Aufbau von Netzwerken in Gemeinden: Die Fachstelle Gesellschaftsfragen berät Gemeinden und fördert Projekte, die zum Aufbau eines Netzwerks von Schlüsselpersonen dienen. Damit erleichtert sich der Zugang zur Migrationsbevölkerung.

Verständigung durch Interkulturelles Dolmetschen: Bei komplexen Situationen, wie z.B. im Gesundheits- und Bildungsbereich, ist eine gute sprachliche Verständigung wichtig. Damit dies gewährleistet ist, kommen bei Bedarf Interkulturell Dolmetschende oder Interkulturell Vermittelnde des Dolmetschdienstes Zentralschweiz zum Einsatz.